

Gemeinderat Adliswil

Protokoll der 22. Plenumsitzung vom 3. Oktober 2012

19.30 Uhr, Aula Schulhaus Hofern

Anwesend	Ratspräsident Dr. Peter Werder 32 Ratsmitglieder Ratssekretärin Ida Hofstetter Ratsweibelin Lydia Schumacher	Protokoll
Entschuldigt	3 Ratsmitglieder	
Präsenz der Exekutivbehörde		
Stadtrat	Harald Huber Stephan Herzog Astrid Romer Schneiter Susy Senn Patrick Stutz	Stadtpräsident Jugend und Sport Bau und Planung Soziales Werkbetriebe
Stv. Stadtschreiber	Roland Siblinger	
Schulpflege	Rita Rapold	Schulpräsidentin

Traktanden

1. Mitteilungen

2. Allgemeine Fragestunde

2.1 Schriftliche Fragen an den Stadtrat/die Schulpflege

2.2 Mündliche Fragen an den Stadtrat/die Schulpflege

3. Ersatzwahl eines Mitgliedes der Sachkommission

4. Ausweitung Schulsozialarbeit auf alle Schulen

Antrag der Schulpflege und Empfehlung des Stadtrates auf Bewilligung eines jährlich wiederkehrenden Bruttokredits von 108'100 Franken

5. Statut über die Entschädigungen an Behörden und Funktionäre (BeSta)

5.1 Antrag des Stadtrates auf Änderungen

5.2 Antrag des Büros des Gemeinderates auf Änderungen

6. Zentrumsplanung Ost

Antrag des Stadtrates, das Postulat von Max Stenz und neun Mitunterzeichneten abzuschreiben

7. Zwischennutzung Stadthausareal

Antrag des Stadtrates, das Postulat von Hanspeter Clesle und acht Mitunterzeichneten abzuschreiben

8. Auswirkungen der Kulturlandinitiative

Interpellation von Yannick Wettstein und drei Mitunterzeichneten, Begründung und mündliche Beantwortung

19.30 – 20.00 Uhr: Information von Stadträtin Susy Senn und Peter Meier, Leiter Vormundschaftswesen der Stadt Adliswil, betr. neuer Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde

20.00 Uhr: Beginn der ordentlichen Sitzung

1. Mitteilungen

1.1 Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung liegt die Entschuldigung von Renato Günthardt und Mario Salomon vor.

1.2 Neues Ratsmitglied

Der Nachfolger von Daniel Aebli ist seit anfangs September im Amt, es ist Mario Salomon von der SVP. Aus beruflichen Gründen kann er heute noch nicht anwesend sein.

1.3 Gratulation

Der Ratspräsident gratuliert den Ratsmitgliedern, die am diesjährigen Ratsherrenschieszen vom 16. Juli teilgenommen haben. Davide Loss, Heinz Melliger, Roger Neukom und Mario Senn haben den tollen 29. Rang von insgesamt 173 Teams aus dem Kanton Zürich belegt. Der Ratspräsident meint, sie dürften nicht nur auf das Resultat stolz sein, sondern auch auf die breite parteipolitische Abstützung.

1.4 Feststellung der Rechtskraft von Beschlüssen des Gemeinderates

Die Beschlüsse des Gemeinderates von den Sitzungen vom 6. Juni, 4. Juli und 11. Juli 2012 haben Rechtskraft erlangt.

1.5 Info aus dem Büro bezüglich der neuen Geschäftsordnung des Gemeinderates

Der Ratspräsident informiert: Das Büro ist noch an der Beratung der Fraktionsantworten zur Vernehmlassung der neuen Geschäftsordnung des Gemeinderates. Sobald dies abgeschlossen ist, wird das Büro den Stadtrat zur Vernehmlassung einladen. Danach wird noch das Gemeindeamt entsprechend konsultiert. Erst danach kommt die neue Geschäftsordnung in den Rat.

1.6 Überweisungen an die RGPK

Am 20. September 2012 wurde überwiesen:

Antrag der Pensionskassenkommission und Empfehlung des Stadtrates auf Zustimmung der Änderung der Gemeindeordnung (Teilrevision zur rechtlichen Ver selbständigung der Pensionskasse), der Pensionskassenverordnung der Stadt Adliswil und auf Genehmigung der Stiftungsurkunde "Pensionskasse der Stadt Adliswil"

Am 26. September wurden überwiesen:

- Antrag des Stadtrates auf Genehmigung der Abrechnung über den Umbau/Innenausbau Zürichstrasse 12 mieterseitig im Betrag von CHF 1'716'467.00 (Kreditbetrag CHF 1'600'000.00)
- Anträge des Stadtrates im Zusammenhang mit der Revision der Gemeindeordnung auf
 - Verabschiedung der vier Weisungen zuhanden der Urnenabstimmung vom 3. März 2013
 - a) Schulintegration
 - b) Diverses
 - c) Finanzkompetenzen
 - d) Betriebs- und Stadttammannamt
 - Abschreibung der in diesem Kontext stehenden Motionen
 - a) Integration der Schulverwaltung in die Stadtverwaltung vom 3. Juni 2009
 - b) Integration der Liegenschaftenverwaltung der Schule in die Stadtverwaltung vom 3. Juni 2009
 - c) sog. Ethikmotion (Good Governance) vom 3. November 2011

1.7 Mitteilungen aus dem Stadtrat und der Schulpflege

Stadträtin Susy Senn:

Die Sozialkommission überwacht laufend die Entwicklung, die sich in der Sozialhilfe abzeichnet. Gerne informiere ich Sie sporadisch über die Veränderungen.

Während in den letzten Jahren die Fallzahlen generell in der Region und auch in Adliswil kontinuierlich leicht gesunken sind, sind sie seit anfangs 2012 erstmals wieder gestiegen, und zwar in der ersten Jahreshälfte um rund 20% oder rund 50 Fälle. Insgesamt entspricht die Fallzahl damit in etwa wieder fast derjenigen vom Sommer 2010. Zwar sind die Fallzahlen seit Juni dieses Jahres wieder stabil, es ist jedoch nicht auszuschliessen, dass es in der zweiten Jahreshälfte - auch saisonbedingt - zu einem weiteren Zuwachs kommen könnte. Was bedeutet dies für die Rechnung? Auf der Ausgabenseite entspricht die Hochrechnung vom bisherigen Aufwand in etwa dem, was für das Jahr 2012 budgetiert wurde. Dies könnte sich dann ändern, wenn es jetzt im Herbst zu einem weiteren Fallanstieg kommen sollte. Auf der Einnahmenseite ist hingegen ein Rückgang zu verzeichnen. So zeigt sich, dass das Erwerbseinkommen der Sozialhilfeklientinnen- und Klienten zurückgegangen ist – d.h. working poor oder teilzeitlich Tätige verdienen insgesamt weniger und haben mehr Unterstützung zugute. Auch bezüglich dem Eingang von Sozialversicherungsleistungen, Stipendien, Kleinkinderbetreuungsbei-

trägen, Alimenten und Rückzahlungen ist ein Rückgang der Einnahmen sichtbar. Insgesamt müssen wir damit rechnen, dass das Budget bezüglich Sozialhilfeleistungen Ende Jahr um ca. 200'000-250'000 Franken überschritten werden könnte. Neben den budgetrelevanten Ausgaben untersuchen wir jeweils auch, wie es zu dieser Erhöhung der Fallzahlen kommt. Die Zunahme der Fallzahlen ist zum einen dadurch bedingt, dass weniger Klientinnen und Klienten von der Sozialhilfe abgelöst werden konnten als in den Vorjahren. Auf eine Ablösung kamen in diesem Jahr bisher knapp zwei Neuanmeldungen, während z. B. im Jahre 2010 sich die Ablösungen und die Neuanmeldungen die Waage hielten. Erfreulich ist aber, dass doch knapp 50 % von denjenigen Personen oder Familien, die abgelöst werden konnten, dies aufgrund einer existenzsichernden Stelle im ersten Arbeitsmarkt gelungen ist. Da aufgrund von Wohnungswechseln ins Neubaugebiet in Adliswil u. a. auch ältere und günstige Wohnungen frei wurden, beobachtet die Sozialkommission seit letztem Jahr, ob es zu einem vermehrten Zuzug von Sozialhilfebezüglern aus anderen Gemeinden kommt. So wie es zurzeit aussieht, ist das nicht der Fall, weder im Jahr 2011 noch bis heute sind mehr Sozialhilfebezüglern nach Adliswil gezogen als gleichzeitig weggezogen sind. Wir werden die Entwicklung weiterhin im Auge behalten.

Neuaufnahmen sind in diesem Jahr vor allem erfolgt aufgrund von

- Erwerbslosigkeit, d. h. auch ausgesteuerte Personen 41 %
- Ungenügendes Einkommen und working poor 27 %
- Alleinerziehende 9 %
- Gesundheitliche Gründe 13 %

In der Sozialberatung wird heute ein Schwergewicht gelegt auf zwei Themen: Arbeitsintegration und Intake-Verfahren, also die Zeit von der Fallaufnahme und der ersten Unterstützungsmonate. Dabei wird einerseits ein Schwergewicht gelegt auf die sorgfältige Abklärung von vorgelagerten finanziellen Leistungen wie Rentenansprüche, Arbeitslosentaggeld etc. Daneben konzentrieren sich die Sozialarbeitenden neben der persönlichen Beratung darauf, dass Personen, die arbeitsfähig sind von Unterstützungsbeginn an an einem Einsatzprogramm teilnehmen und zu einer Gegenleistung verpflichtet werden. Mit vielfältigen Arbeitsintegrationsprogrammen werden Klientinnen und Klienten individuell gefördert, um entweder wieder in den ersten Arbeitsmarkt einsteigen zu können, aber auch um ihre soziale Integration aufrecht zu erhalten bzw. zu verbessern. Seit Anfang dieses Jahres hat die Sozialberatung auch begonnen, Klientinnen und Klienten an Einsatzplätze innerhalb der Stadtverwaltung zu vermitteln, sei es im Hausdienst des Alters- und Pflegeheims oder bei der Abfallbewirtschaftung. Wir hoffen, dies mit der Zeit noch ausbauen zu können.

Ich werde Sie über die weitere Entwicklung auf dem Laufenden halten und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Schulpräsidentin Rita Rapold:

Wie schon mehrfach informiert, braucht die Schule für die neuen Einwohner im Dietlimoos-Quartier Provisorien. Bisher wurden 105 Kinder aus diesem Gebiet eingeschult. Dies war dank dem Umbau des Schulhauses Werd möglich. In den nächsten vier Jahren werden über 100 bereits hier lebende Kinder hinzukommen. Dazu reichen die Kapazitäten der bestehenden Schulhäuser nicht mehr. Die Bewohner im Dietlimoos rufen schon lange nach einer Quartierschule. Einzelne Kinder werden wegen des langen Schulwegs auf Kosten der Schule mit dem Auto

transportiert. Seit Juli wissen wir, dass wir deshalb schon auf Sommer 2013 zwei neue Klassen für das Dietlimoos bilden und dafür Provisorien erstellen müssen. Bisher gingen wir davon aus, dass das Gebiet, welches noch in der Reservezone liegt, rechtzeitig eingezont und auch Möglichkeiten für das Erstellen von Provisorien bieten wird. Mitte Juli wurde von der Baudirektion des Kantons aber mitgeteilt, dass durch die Annahme der Kulturlandinitiative alle Einzonungsverfahren gestoppt werden. Schulpflege und Stadtrat müssen deshalb nun in aller Eile unter den eingeschränkten Voraussetzungen einen Standort für die Provisorien finden. Die bis jetzt geprüften Varianten mussten alle aus unterschiedlichen Gründen wieder fallen gelassen werden. Eventuell schafft der Kanton Möglichkeiten, um Anfang des nächsten Jahres im vom Einzonungsstopp betroffenen Gebiet für dringende öffentliche Bauten eine öffentliche Zone zu bewilligen.

Um rechtzeitig auf nächsten Sommer über den notwendigen Schulraum zu verfügen, muss die Schulpflege jetzt alle Planungs- und Bewilligungsverfahren rasch vorantreiben. Sie wird deshalb morgen über einen Kreditantrag an den Gemeinderat von knapp 2 Millionen Franken für Containerbauten beraten. Mit ihrer wertvollen und hoffentlich auch raschen Unterstützung wäre dann eine erste Hürde genommen. Parallel dazu wird das Submissionsverfahren durchgeführt. Und mit der zugesicherten Unterstützung des Stadtrates - danke auch jetzt nochmals dafür - wird hoffentlich gleichzeitig auch ein geeigneter Standort gefunden. Durch den Einzonungsstopp mussten wir das Vorgehen ändern. Die Schulpflege hat sofort darauf reagiert und zählt nun darauf, dass alle am gleichen Strick ziehen und wir so gemeinsam rechtzeitig zum Erfolg kommen. Ich danke Ihnen schon heute für die Unterstützung.

1.8 Fraktionserklärungen und persönliche Erklärungen

Keine Wortmeldungen.

1.9 Protokoll

Zu den Ratsprotokollen vom 6. Juni, 4. Juli und 11. Juli 2012 sind keine Änderungsbegehren eingegangen. Somit gelten diese Protokolle als genehmigt.

1.10 Nächste Sitzung

Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am Mittwoch, 7. November 2012 statt.

1.11 Traktandenliste

Es gibt keine Einwände zur Traktandenliste.

2. Allgemeine Fragestunde

2.1 Schriftliche Fragen an den Stadtrat oder die Schulpflege

Heinz Melliger:

Über Umwegen hat die Adliswiler Bevölkerung anfangs Januar 2012 von der bevorstehenden Schliessung der Poststelle Sood im Frühling 2012 erfahren. Die Freien Wähler haben daraufhin an eisigen Tagen im Januar 2012 insgesamt 542 Unterschriften gegen die Schliessung der Poststelle gesammelt und an die Schweizerische Post geschickt. Bis heute hat die Post den Freien Wählern keine Antwort zugestellt. Mit grosser Freude stelle ich nun aber fest, dass die Poststelle Sood noch immer geöffnet ist. Da der Stadtpräsident Harald Huber dem Gemeinderat erklärt hat, dass er in engem Kontakt mit der Post sei, drängen sich für mich die folgenden Fragen auf:

1. Wurde die Stadt Adliswil über das Weiterführen der Poststelle Sood informiert?
2. Hat die Schweizerische Post ihren Schliessungsbeschluss verschoben oder gar aufgehoben?
3. Für welchen Zeitraum ist der Postbetrieb im Sood noch gewährleistet?

Stadtpräsident Harald Huber:

Wir haben engen Kontakt mit der Post. Aktuell ist es so, dass die Post den Standort weiterführen möchte, sicher nicht ganz mit dem heutigen Angebot. Die Post sucht einen Partner, der bereit wäre, die Poststelle zu übernehmen, so wie sie z. B. eine Betriebsform mit der Apotheke Heuried in Zürich gefunden hat. Bis jetzt hat die Post keinen Schliessungsbeschluss gefällt, und sie hat mir mitgeteilt, dass ich informierte würde, wenn das der Fall wäre. Die Post ist mit zwei möglichen Partnern im Gespräch und sucht eine Lösung. Wann die Umstellung von der heutigen Post auf eine neue Lösung erfolgt, weiss auch die Post noch nicht. Man kann im Moment von einer grossen Chance ausgehen, dass im Sood eine Poststelle bleibt. Wir werden informieren, sobald wir mehr wissen.

Harry Baldegger:

Die Stadt Adliswil als zertifizierte Energiestadt schreibt im Energieprogramm 2010 – 2014, dass der Stadtrat sich der heutigen, aber insbesondere den kommenden Generationen verpflichtet, der Umwelt Sorge zu tragen und mit den Ressourcen sparsam umzugehen. Deshalb soll die Stadt Adliswil mit gutem Beispiel vorangehen und ihre Fahrzeuge mit Partikelfilter ausrüsten. Dazu habe ich folgende Fragen:

1. Wie viele der stadteigenen Fahrzeuge sind nicht mit einem Partikelfilter ausgerüstet?
2. Werden diese Fahrzeuge umgerüstet oder ersetzt?
3. Bis wann sind alle Fahrzeuge mit Partikelfilter unterwegs?

Stadtrat Patrick Stutz:

Zur 1. Frage: Insgesamt gibt es 38 Diesel-Fahrzeuge, dazu gehören nebst Autos auch Reiniger, Rassenmäher usw. Davon sind 22 Fahrzeuge ohne und 16 mit Partikelfilter ausgestattet. Man könnte denken, dass es wahnsinnig sei, dass in unserer Energiestadt über 50 % der Fahrzeuge noch keinen Partikelfilter hätten. Es liegt daran, dass es teilweise sehr alte Fahrzeuge gibt, z. B. aus den Jahren 1979 – 1993, wo sich eine Nachrüstung einfach nicht lohnen würde, auch deshalb nicht, weil einige davon praktisch nicht in Bewegung sind.

Zur 2. Frage: In den kommenden Jahren werden einige dieser Fahrzeuge ersetzt und andere werden umgerüstet, wir haben einen entsprechenden Plan. Es gibt aber auch grosse Fahrzeuge wie z. B. bei der Feuerwehr, die sehr wenige Kilometer pro Jahr gefahren werden, und eine Umrüstung eines solchen Fahrzeugs ist einfach sehr teuer. Wenn man bei solchen Fahrzeugen von einer Lebensdauer von 25 Jahren ausgeht – der letzte Laster wurde im Jahre 2000 angeschafft – dann wird dieser nicht vor 2025 ersetzt werden. Das hat auch mit der Subventionsberechtigung von der Gebäudeversicherung des Kantons Zürich zu tun, die sich mit 50 % daran beteiligen. Wenn wir die Fahrzeuge jetzt selbst umrüsten würden, müssten wir das auch selbst bezahlen, und wenn sie vorher ersetzt werden, zahlen wir sie zu 100 % selbst.

Zur 3. Frage: Wie erwähnt, der letzte LKW der Feuerwehr wird frühestens 2025 ersetzt. Wir gehen aber davon aus, dass bis 2020 alle Fahrzeuge mit Partikelfilter ausgestattet sein werden.

Ueli Gräflein:

1. Von wem bezieht die Stadt Adliswil die Strom-Energiequellen? Wer heisst der Lieferant?
2. Wie setzt sich der Strommix zusammen? Gewünscht ist eine detaillierte Gesamtaufstellung, unterteilt in den Anteil aus der Schweiz und aus dem Ausland.

Stadtpräsident Harald Huber:

Zur 1. Frage: vom EKZ, Zürich.

Zur 2. Frage: Die Stadt Adliswil bezieht von EKZ das Standardprodukt, den EKZ-Mixstrom. Herkunft des Stroms: 61,78 % von erneuerbaren Energien (Wasserkraft, Biomasse, Sonnenenergie), 38,22 % von nicht erneuerbaren Energien (Kernenergie). Bezüglich Auslandanteils habe ich – bevor Rocco Rotonda in die Ferien ging – mitgeteilt bekommen, dass 37,6 % aus der Schweiz von erneuerbaren Energien, und 38,22 % von nicht erneuerbaren Energien kommen. Das dünkt mich etwas komisch. Wenn du es detaillierter wünschst, lasse ich die Angaben nochmals überprüfen.

Ueli Gräflein:

1. Ist es wahr, dass den Mietern der Zürichstrasse 1 per Ende September 2012 gekündigt worden ist?
2. Aus welchem Grund wurde gekündigt? Wie viele Mieter sind betroffen? Sind Einsprachen erhoben worden? Wenn ja, von welchen Mietern und wie lange muss mit einer Fristerstreckung gerechnet werden.
3. Wie viel Verlust entsteht dadurch? Es gehen ja Mieter vorzeitig, und dadurch entfallen die Mietzinseinnahmen.

Stadtpräsident Harald Huber:

Zur 1. Frage: Ja, wir haben den Mietern der Zürichstrasse 1 gekündigt, und zwar am 18.6.2012 per 31.8.2013, 30.9.2013 und 31.12.2013. Die Termine variieren, weil die Mietverträge unterschiedlich lauten.

Zur 2. und 3. Frage: Der Kündigungsgrund steht im Zusammenhang mit dem Verkauf der Liegenschaft zwecks Überbauung des Stadthausareals. Betroffen sind drei Wohnungsmieter, eine Tierarztpraxis, eine Chinesische Therapiepraxis und der Busgaragenbetrieb der AHW Busbetriebe. Ja, es gab Einsprachen. Mit zwei Mietern konnten schrift-

liche Vereinbarungen getroffen werden. Eine Partie hat mittlerweile selbst gekündigt und eine Partie ist bereits ausgezogen. Die Vereinbarung beinhaltet folgendes:

- Die Kündigung per Datum x ist aus formeller und materieller Sicht gültig.
- Der Mieter muss spätestens per Kündigungsdatum die Räumlichkeiten verlassen.
- Der Mieter hat die Möglichkeit, mit einer schriftlichen Voranzeigefrist von einem Monat auf Ende jeden Monats das Mietobjekt zu verlassen, ohne einen Ersatzmieter zu stellen, und die Mietzinszahlungspflicht ist per Auszugsdatum erledigt. Das gehört zu den Verkaufskosten, die wir übernehmen müssen. Wenn wir schon jemanden zum Auszug forcieren, und der Betreffende dann vor dem Kündigungstermin eine neue Lösung findet, ist es nicht mehr als fair, diesen entschädigungslos gehen lassen.
- Der Mieter bestätigt mit der Unterzeichnung der Vereinbarung, die Kündigung nicht bei der Schlichtungsbehörde des Bezirkes Horgen anzufechten.

Mit der Tierarztpraxis und der AHW Busbetriebe AG sind wir noch am Verhandeln. Wie lange dies dauert, ist schwierig abzuschätzen. Wir versuchen, ihnen andere Objekte anzubieten und eine einvernehmliche Lösung zu finden, damit - wenn das Stadthausareal überbaut werden kann – im Laufe des Jahres 2014 mit dem Bau begonnen werden kann.

Thomas Iseli:

Eine periodische Information bezüglich Steuereinnahmen wäre gut. Ich glaube, per 30.9. sind auch mehr oder weniger alle Steuererklärungen eingereicht worden. Deshalb möchte ich folgendes wissen:

1. Wie sieht der Vergleich zum Vorjahr 2011 aus, effektiv (IST) in CHF und %?
2. Wie sieht der Vergleich zum Budget 2012 in CHF und % aus?

Stadtpräsident Harald Huber:

Die Steuereinnahmen, die zum jetzigen Zeitpunkt feststehen und mit dem Budget 2013 offiziell publiziert werden, lauten wie folgt:

Effektive Steuereinnahmen im 2012: prognostiziert sind 66,7 Mio. Franken, das sind 8 Mio. Franken bzw. 11 % weniger als im 2011; im 2011 sind 74,7 Mio. Franken eingegangen.

Im Budget 2012 sind 62,3 Mio. Franken geplant, wir werden also rund 4,4 Mio. Franken bzw. 7 % mehr einnehmen als budgetiert.

Die Abweichungen sind aber hauptsächlich auf Mehreinnahmen bei den Grundstückgewinnsteuern zurückzuführen. Es wurden im 2012 aus den Neubaugebieten mehr Grundstückgewinnsteuern abgerechnet, als wir geplant hatten. Budgetiert waren 3 Mio., einnehmen werden wir 8 Mio. Franken, das wird uns also in den zukünftigen Jahren fehlen. Weiter fallen die Steuerauscheidungen um 4 Mio. Franken tiefer aus als erwartet, dafür die Quellensteuer um 3 Mio. höher. Das sind alles Beträge, die – entgegen Thomas' Meinung – nicht einfach zu budgetieren sind, weil wir die Steuerauscheidungen nicht beeinflussen können. Aber insgesamt sieht das 2012 wegen dieser ausserordentlichen Effekten gut aus.

2.2 Mündliche Fragen an den Stadtrat oder die Schulpflege

Raphael Egli:

Wie ich mit Erschrecken festgestellt habe, ist der Zustand des Parks beim und oberhalb des Reservoirs Kopfholz in erbärmlichem Zustand. Das Wasser läuft nicht mehr, diverse Bodenplatten sind kaputt, das WC ist veraltet, überall sind Schmierereien und der Strom geht auch mehr schlecht als recht. Der Park wird vom Kindersport und auch sonst von sehr vielen Kindern genutzt, er ist eine gute Alternative zum Platz vom Schulhaus Kopfholz, wo momentan gebaut wird. Deshalb möchte ich wissen, wie die Zukunft des Parks aussieht?

Stadtrat Patrick Stutz:

Nein, den Park lassen wir nicht verfallen. Die Werke stellen jedes Jahr mehrere Plätze instand, im Moment wird grad der Wachthügelplatz saniert. Wir versuchen, dies mit den Mitarbeitenden des Ressorts Werke zu bewerkstelligen. Zum Park beim Reservoir Kopfholz: Ich gehe davon aus, dass primär das Reservoir gemeint ist, also der vordere Teil. Der hintere Teil wird stetig von der Abteilung Park, Sport, Grünanlagen, gepflegt. Wir wissen, dass der Brunnen im Moment nicht funktioniert, dass es Schmierereien gibt und dass auf dem Dach schon mehrere Feuer gelegt wurden, die die Dachflächen beschädigt haben. Wir haben für die Instandsetzung bereits mehrere Varianten geprüft. Es gibt die Variante „Instandsetzung“ und die Variante im Sinne eines Ausbaus, dass wir keine Schmierereien mehr haben und dass keine Brände mehr gelegt werden können. Die Varianten wurden im Juni dem Stadtrat vorgelegt und wurden im Sinne eines Umbaus und Instandsetzung positiv beurteilt. Die Erneuerung erfolgt im nächsten Frühling.

Thomas Fässler:

Warum wurde der Weg, der von der Tüfi zum Grütpark führt, so steil angelegt? Es wäre genug Platz für einen flacheren Weg vorhanden. Familien mit Kinderwagen oder mit kleinen Kindern oder auch ältere Leute hätten das bestimmt verdankt.

Stadtrat Patrick Stutz:

Dieser Weg verläuft mitten durch den Wald. Deshalb musste das Projekt beim Kanton eingegeben werden, und der Kanton hat Vorgaben gemacht, insbesondere wie viel vom Wald weggenommen werden darf und wie der Weg realisiert werden muss. Es ist uns bewusst, dass der Weg steil ist. Er ist aber so breit, dass er entsprechend unterhalten werden kann. Ich habe diesbezüglich schon mehrere Mails bekommen, ich muss aber sagen, dass es nicht der steilste Weg ist, den wir in Adliswil haben. Im Übrigen gibt es andere Möglichkeiten, um von der Tüfi zu den neuen Wohnhäusern im Grütpark zu gelangen.

Ueli Gräflein:

Der Winter kommt bestimmt. Ist der Stadtrat bereit zu prüfen, anstelle von Streusalz andere Produkte zu verwenden. Ich habe grad gestern das Produkt „warm up“ kennengelernt. Dieses Produkt taut Eis und Schnee, ist natürlich und biologisch abbaubar, wirkt zehn Mal besser, hat verbesserte thermische Wirkung, wirkt schnell, sparsam, ist auch bei niedrigen Temperaturen anzuwenden, ist dauerhaft wirksam und unschädlich – kurz: es hat viele grosse Vorteile.

Stadtrat Patrick Stutz:

Ja, wir sind gerne bereit, immer wieder neue Produkte zu wählen. Das haben wir auch bereits mit dem Salzsole-Produkt gemacht, das insbesondere bei Fahrzeugen, die entlang dem Trottoir eingesetzt werden, zum Zuge kommt. Es ist ein Gemisch von Wasser und Salz, das 50 – 60 % Salz spart. Aber ich nehme das neue Produkt gerne auch auf. Salzsole ist leider nicht für alles geeignet, insbesondere nicht im Strassenbereich bei tiefen Temperaturen. Aber wir möchten vor allem der Vegetation entlang der Trottoirs und der Wege Sorge tragen und haben deshalb dieses Produkt gewählt.

Hanspeter Clesle:

Mit Freude habe ich die letzte Pressemitteilung des Stadtrates gelesen, in der es hiess, dass die Beleuchtung an der Rütistrasse auf LED-Leuchten umgestellt werde. Dies wird sich mittelfristig oder ganz sicher langfristig bewähren, denn es wird bezüglich Kosten, Unterhalt und Stromverbrauch Auswirkungen haben. Genau das macht unsere Stadt aus, wenn wir schon eine Energiestadt sind. Besteht ein Konzept, dass die ganze öffentliche Beleuchtung durch die LED-Technik ersetzt wird? Wenn ja, wie und bis wann? Wenn nein, warum nicht?

Stadtrat Patrick Stutz:

Auch mich freut die LED-Beleuchtung. Es ist jeweils nicht ganz einfach, mit dem EKZ eine Lösung zu finden. Aus diesem Grund haben wir auch noch kein flächendeckendes Konzept. Kurz bevor wir mit der Rütistrasse begonnen bzw. den Antrag im Stadtrat behandelt hatten, hatte das EKZ noch keine entsprechenden Produkte im Angebot. Die bisherigen Umstellungen im Kanton Zürich, z. B. in Rüslikon, waren Pilotprojekte. Wir sind aber auch darauf angewiesen, dass die LED-Technik unterhalten wird. Wir haben dann Druck aufgesetzt, und das EKZ bietet jetzt die LED-Leuchten im Strassenraum an und unterhält diese auch. Das Konzept ist in Arbeit, und es gibt bereits einen Grundsatzentscheid: Dort, wo neue Leuchten installiert werden, kommt die LED-Technik zum Zug. Wir haben bereits ein weiteres Projekt in Planung. Für die Konzepterstellung ist das Kosten-Nutzen-Verhältnis relevant. Wir haben ja bereits Energiesparlampen im Einsatz, und zu diesen ist die Differenz zur LED-Technik nicht sehr gross.

Roger Neukom:

Wir haben von der Schulpräsidentin gehört, dass einige Kinder aufgrund des langen Weges auf Kosten der Stadt ins Schulhaus gefahren werden müssen. Gibt es in diesem Zusammenhang Kriterien, z. B. Distanz vom Wohnort zum Schulhaus oder ist das ein Schreiben von Eltern mit einer gewissen Anzahl Unterschriften, die es braucht, bis man gefahren wird? Mir scheint wichtig, dass hier Transparenz herrscht und man klar entscheiden kann, wann gefahren wird und wann nicht.

Schulpräsidentin Rita Rapold:

Es gibt selbstverständlich ein Konzept, wer wann ab wie viel Metern gefahren wird. Ich kann es nicht genau aus dem Kopf sagen, ich stelle es aber gerne zu. Die Kinder, die im Dietlimoos gefahren werden, sind vor allem Kindergartenkinder. Soviel ich weiss, geht es um vier Kinder, die wohnen auf der Grütseite zuhinterst im letzten Block beim 4B-Areal, und die müssen in den Kindergarten Hofacker. Ich bin diese Strecke zusammen mit einem Polizisten selbst gelaufen, der Weg ist gefährlich, und er ist zu lang. Am Mittag würde die Zeit fürs Nachhause laufen, Essen und wieder zur Schule laufen gar nicht ausreichen. Wir fahren die Kinder aber nicht bis zum Kindergarten, wir fahren sie nur bis zur Ahornstrasse, dann gehen sie über den Lebernhügel noch zu Fuss, damit sie doch

einen Schulweg haben. Es wird nicht luxuriös gefahren, aber für diese Kinder ist der Weg über die Zürichstrasse einfach zu gefährlich.

Daniel Frei:

Ich hatte die gleiche Frage wie Roger Neukom, habe jetzt aber in diesem Zusammenhang eine andere Frage. Ich habe auch ein Kindergartenkind gehabt, es hatte zwar einen anderen Weg. Es ging vom Dietlimoos durch die Unterführung der Zürichstrasse zum Isengrund. Deshalb interessieren auch mich die Kriterien.

Gabi Barco:

Wann kann man in Adliswil für den schnelleren Internetzugang mit dem Glasfasernetz rechnen? Vor allem, wann im Sihlhof?

Stadtrat Patrick Stutz:

Die Swisscom ist daran, rechts der Sihl die Glasfaserkabel zu verlegen, sie stehen bereits einzelnen Bewohnern zur Verfügung. Bis 2015 wird ganz Adliswil verkabelt sein. So viel Zeit braucht die Swisscom, bis jedes Haus angeschlossen ist, denn zum Teil müssen auch Gräben gemacht werden. Nach mehrmaligem Nachhacken seitens des Stadtpräsidenten und des Ressorts Werke konnten wir den Rückstand, den wir gegenüber den anderen Gemeinden des Bezirks Horgen hatten, aufholen und diese bis 2015 noch überholen.

Stadtpräsident Harald Huber:

Es wird im Bezirk Horgen niemand so schnell flächendeckend Glasfasernetz haben wie wir, da sind uns alle anderen Gemeinden neidisch, insbesondere auch die Seegemeinden.

3. Ersatzwahl eines Mitgliedes der Sachkommission

Der Ratspräsident informiert:

Für die Sachkommission ist aufgrund des Rücktritts von Daniel Aebli ein Mitglied neu zu wählen.

Im Namen der IFK schlägt **Mario Senn** Erwin Lauper, SVP, zur Wahl vor.

Beschluss

Da der Vorschlag nicht vermehrt wird, erklärt der Ratspräsident Erwin Lauper als Mitglied der Sachkommission ab sofort für den Rest der Amtsdauer 2010 - 2014 als gewählt.

4. Ausweitung Schulsozialarbeit auf alle Schulen (SRB 2012-169, SPB 45/12)

Antrag der Schulpflege und Empfehlung des Stadtrates auf Bewilligung eines jährlich wiederkehrenden Bruttokredits von 108'100 Franken

Yannick Wettstein, Präsident der RGPK:

Generell muss nicht mehr viel zu diesem Thema gesagt werden. Es begegnete uns in den letzten Jahren alle paar Monate, und ich glaube, es herrscht Konsens, dass es heute abschliessend behandelt werden sollte. Die Fraktionen haben gemeldet, dass es für den Antrag der Schulpflege wahrscheinlich positiv ausgehen werde. Der vorliegende Antrag entspricht im Wesentlichen dem Inhalt der Motion von Peter Barmettler und von mir. Wir haben damals zwei Forderungen gestellt, erstens, dass man die Schulsozialarbeit flächendeckend anbieten kann und zweitens, dass sich das Angebot finanziell und personell im Rahmen der kantonalen Richtlinien bewegen soll. Die RGPK hat diese Vorlage denn auch nicht mehr so umfangreich geprüft, weil sie die Forderungen der Motion erfüllt. Zu reden gab noch, ob die 15 Stellenprozente für Führungsaufgaben auch zum Stellenetat gemäss der kantonalen Empfehlung gehörten, sie hängen natürlich mit der Schulsozialarbeit zusammen. Aber es wurde – so glaube ich – allgemein so aufgefasst, dass nur die Leute an der Front, also die effektiven Schulsozialarbeiter, zu den empfohlenen Stellenprozenten gezählt werden sollen. Insgesamt macht es den Braten nicht feiss. Ausschlaggebend für das knappe Ergebnis in der RGPK war die Volksabstimmung zur diesbezüglichen SP-Volksinitiative, die mit zwei Drittel Nein-Stimmen sehr massiv abgelehnt wurde. Es stellt sich die Frage, wie man dieses Abstimmungsergebnis deuten kann. Die Befürworter des vorliegenden Antrages werden sagen, es sei ein Votum auf den konkreten Vorschlag der SP und die sehr massive Erhöhung gewesen, und man könne daraus einen Auftrag an den Gemeinderat ableiten, eine vernünftige Lösung auszuarbeiten. In der RGPK haben wir es allerdings so interpretiert, dass eine derart massive Volksablehnung auch ein Votum gegen eine generelle Stellenerhöhung bei der Schulsozialarbeit sei. Das hat dazu geführt, dass sich die Mehrheit der RGPK gegen den vorliegenden Antrag ausgesprochen hat. Gabi Barco wird wahrscheinlich noch ein flammendes Votum der Minderheit halten.

Schulpräsidentin Rita Rapold:

Beim Spatenstich zum Schulhaus Kopfholz konnte ich sagen – was lange währt, wird endlich gut. Ich hoffe, dass sich dies auch beim Geschäft Schulsozialarbeit heute bewahrheitet. Es liegt ein neuer Antrag vor, der das absolute Minimum der benötigten Stellenprozente beinhaltet, um flächendeckend arbeiten zu können. Diese gesamthaft 250 Stellenprozente entsprechen den kantonalen Empfehlungen, wie sie damals von den Motionären gefordert wurde und entspricht ca. 600 Schülern für eine 100%-Stelle. Gemeinderat und Volk haben klar aufgezeigt, dass mehr nicht verlangt werden kann. Die Notwendigkeit der Schulsozialarbeit wurde jedoch von den meisten nicht in Frage gestellt, und es wurde immer wieder betont, dass einer moderaten Erhöhung zugestimmt werden könne. Nun liegt der neue Antrag vor. Die Schule wird Abstriche im Präventionsbereich hinnehmen müssen, ist aber auf der andern Seite darauf angewiesen, endlich allen Schulen, diese wertvolle Unterstützung im alltäglichen Umgang mit Auffälligkeiten/Gewalt/sozialen Defiziten und vielem mehr geben zu können. Die Rückmeldungen aus den Fraktionen waren mehrheitlich positiv und so bitte ich Sie zuversichtlich, nun einmal mehr und hoffentlich das letzte Mal, dem Antrag der Schulpflege zuzustimmen.

Gabi Barco:

Eine Minderheit der RGPK-Mitglieder empfiehlt Ihnen den vorliegenden Antrag im Sinne der Schulpflege bzw. des Stadtrates zur Annahme. Dies auf folgenden Gründen:

- Ein bedarfsgerechtes Angebot an Schulsozialarbeit in den Gemeinden ist von Gesetzes wegen verlangt (Kinder- und Jugendhilfegesetz). Die Frage kann demnach nur noch sein, was als bedarfsgerecht zu gelten hat. Die Schule hat im Anhang zum Antrag festgehalten, was sie darunter versteht.
- Das Abstimmungsergebnis zur Volksinitiative basierte auf der Forderung von 350 Stellenprozenten. Heute stimmen wir aber über eine Erhöhung der Stellenprozente für die Schulsozialarbeit ab, welche im Vergleich zur Volksinitiative nur die Hälfte, d. h. CHF 108'100.00 an jährlich wiederkehrenden Kosten vorsieht.
- Die aktuelle Vorlage deckt sich im Wesentlichen mit den Forderungen der damaligen Motionäre.
- Das heutige Konzept sieht das Angebot der Schulsozialarbeit in allen Schulen vor d.h. in allen sechs Schulhäusern, und nicht nur in drei, wie dies aktuell der Fall ist.
- Die Schulsozialarbeit wird - auch bei Gutheissung der Vorlage - auf ein Minimum, d. h. „Schülerinnen- und Schülerberatung“ und „Interventionen bei Krisen und Konflikten“ beschränkt werden müssen. Das war auch eine Forderung von Parlamentariern, die der Meinung sind, dass es nicht mehr braucht. Gestrichen sind u. a. die Projekt- und Präventionsarbeit.
- Adliswil weist mit 109,9 im Vergleich zu anderen Bezirksgemeinden den höchsten Sozialindex aus. Dieser Index setzt sich wie folgt zusammen: 1/3 Ausländeranteil, 1/3 aus Familien mit Sozialhilfe und 1/3 Einkommensschwache mit steuerabzugsberechtigten Kindern. Es ist nicht zwingend, dass man mit einem hohen Sozialindex mehr Probleme hat, aber es ist auch ein Argument für die Schulsozialarbeit und soll folglich berücksichtigt werden.
- Bedarfsgerechte Schulsozialarbeit kann Fehlentwicklungen bei einzelnen Schülern in den Anfängen erfassen, um Schlimmeres mit kostenintensiven Auswirkungen zu verhindern. Das Geld wird am richtigen Ort eingesetzt. Sparen auf Kosten der Kinder und Jugendlichen ist fehl am Platz.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, der Empfehlung einer Minderheit der RGPK zu folgen und die Vorlage gutzuheissen. Die betroffenen Kinder und Jugendliche - natürlich auch die Lehrer und sämtliche Involvierte - werden es Ihnen danken.

Fredi Morf:

Die Haltung der SVP-Fraktion zur Schulsozialarbeit hat sich nicht verändert, und ich halte mich deshalb heute Abend sehr kurz. Wir sind immer noch der Ansicht, dass mit den bestehenden Stellenprozenten die Minimalvariante für die flächendeckende Schulsozialarbeit gemäss Richtlinien des Kantons in Adliswil vorhanden ist. Das geht auch ganz klar aus dem Vergleich auf Seite 3 hervor. Für einen weitergehenden Ausbau fehlen Adliswil schlicht die finanziellen Mittel. Seit der von niemandem erwarteten überdeutlichen Ablehnung der SP-Initiative zur Schulsozialarbeit ist klar, dass auch die Bevölkerung zusätzlichen Stellen dafür sehr skeptisch gegenübersteht. Sollte der Gemeinderat heute Abend trotz ablehnender Empfehlung der RGPK, welcher sich auch die SVP-Fraktion anschliesst, „ja“ zu diesem Geschäft sagen, beantrage ich namens der SVP-Fraktion, dieses Geschäft im Sinne von Art. 14 Ziffer 1 der Gemeindeordnung der Volksabstimmung zu unterstellen. Es ist nicht mehr als recht, wenn die Bevölkerung sich zu diesem Thema nochmals äussern kann, nachdem vor gut einem Jahr eine Erweiterung bereits überdeutlich verworfen wurde.

Daniel Frei:

Die Freien Wähler haben bis jetzt bei diesem Geschäft zu allen Anträgen eher eine ablehnende Haltung vertreten, nicht weil wir grundsätzlich gegen die Schulsozialarbeit sind. Deshalb wäre es logisch, dass wir auch gegen die heutige Vorlage sind. Wir haben uns unter Einbezug unserer Schulpflegemitglieder nochmals intensiv und seriös mit dem Thema auseinandergesetzt. Wir anerkennen, dass das Bedürfnis der Schule für ein flächendeckendes Angebot gross ist und Sinn macht. Wir begreifen auch, dass die heile Welt nicht existiert. Ich begrüsse aber, dass „Prävention“ als Aufgabe der Schulsozialarbeit etwas reduziert wird und folglich in diesem Bereich gezwungenermassen Kosten eingespart werden. In Adliswil gibt es bezüglich Prävention genügend Angebote und Vereine, die sehr günstig oder gar kostenlos sind. Ich würde gerne die Gesellschaft ändern, denn die Schule muss wohl oder übel die Symptome unserer Gesellschaft mildern. Die Freien Wähler können die 250 plus 15 Stellenprozente akzeptieren und werden dem Antrag zustimmen.

Mario Senn:

Ich will noch ein wenig Historie betreiben. Seit September 2009 ist dies nun mindestens das sechste Mal, dass der Rat über das Thema Schulsozialarbeit diskutiert.

Aber nicht nur deshalb haben wir ein eigentliches Déjà-vu-Erlebnis: Schon zwei Mal hatten Sie Gelegenheit, über einen moderaten Ausbau, ziemlich genau wie er heute vorliegt, zu entscheiden, einmal im Dezember 2009 und einmal im Oktober 2010. Aber die Schulpflege und, in ihrem Schlepptau, die linke Ratsseite haben zwei Mal diese Anträge aus taktischen Gründen abgelehnt. Stattdessen wollten sie im Hinblick auf die überbordende Initiative der SP mit dem Kopf durch die Wand und verhinderten so eine sofortige Erhöhung der Schulsozialarbeit-Stellen. Die Befürworter der Initiative gingen sogar soweit, die kantonalen Empfehlungen der - notabene - SP-geführten Bildungsdirektion als „ungeeignet“ für Adliswil zu bezeichnen. Und auch heute hört man wieder Stimmen, die den jetzigen Vorschlag als „absolutes Minimum“ bezeichnen. Nach kantonalen Empfehlungen ist es das „absolute Maximum“. Sie wissen, was nachher passiert ist: Es war eine regelrechte Ohrfeige für all diejenigen, die auf die Tutti-Strategie gesetzt haben, die nicht einmal ein Drittel der Stimmberechtigten überzeugen konnte. Es ist im Vorfeld der Abstimmung auch nicht ganz sauber abgelaufen. Schulkinder haben ein Pro-Pamphlet für nach Hause bekommen, und gewisse Eltern mussten den Erhalt dieses Schreibens sogar per Unterschrift bestätigen. Das waren ein unverständlicher Missbrauch des Eltern-Lehrer-Vertrauensverhältnisses und ein krasser Verstoss gegen ein Neutralitätsgebot, das grundsätzlich für Mitarbeiter einer staatlichen Verwaltung gilt. Das war ziemlich unbedarft. Das Resultat haben Sie gesehen, es war eine klare Ablehnung.

Jetzt aber hat die Schulpflege offensichtlich gelernt, dass auch in Adliswil die Bäume nicht in den Himmel wachsen, und dass man sich am realpolitisch Möglichen orientieren sollte. Ich habe Ihnen aufgezeigt, dass Sie zweimal den Ball abgelehnt haben. Es ist aber insofern erfreulich, dass die Schulpflege daraus gelernt hat: Sie hat im Frühjahr eine Umfrage in den Fraktionen durchgeführt, und man kann sicher sagen, dass man so Mehrheiten gewinnt und nicht, wenn man mit dem Kopf durch die Wand will. Ich erinnere Sie an unsere Motion, welche Sie vor zwei Jahren verworfen haben: Wir waren damals bereit, 267 % zu unterstützen. Wird der vorliegende Antrag angenommen, erhält Adliswil also ziemlich genau die Schulsozialarbeit, die wir wollten. Sie hätten es damals schon haben können, sie haben taktiert, und sie haben verloren, zum Schaden der Kinder, Lehrer usw.

Die FDP-EVP-Fraktion hat die Schulsozialarbeit im Grundsatz immer unterstützt. Sie unterstützte auch immer die Idee, dass diese Dienstleistung in allen Schulhäusern angeboten werden sollte. Abgelehnt hat sie jeweils Luxuslösungen. Im Einklang mit den kantonalen Empfehlungen erachten wir es bspw. für zumutbar, dass ein Schulsozialarbeiter in mehr als einem Schulhaus tätig ist. Die FDP-EVP-Fraktion wird deshalb dem Antrag der Schulpflege zustimmen. Schade ist nur, dass sie vor zwei Jahren - und da meine ich primär die linke Ratsseite - SP, Grüne und CVP - den Ball nicht aufgenommen haben. Dafür tragen sie und auch die Schulpflege die politische Verantwortung.

Zum Antrag der SVP bezüglich Unterstellung dieses Geschäfts der Volksabstimmung: Wir lehnen den Antrag ab. Wenn man diesem Antrag zustimmt, kann man grad auch das Parlament abschaffen.

Thomas Fässler:

Wir sollten jetzt den Sprung in der Schallplatte endlich überspringen, ich hoffe, das gelingt. Deshalb bitte ich Sie, den möglichen Antrag der SVP abzulehnen. Wie von vielen gewünscht, entspricht der vorliegende Antrag den kantonalen Empfehlungen. Die Volksinitiative wurde zwar abgelehnt, aber wohl eher wegen der Höhe und der Parteimeinungen, als wegen der flächendeckenden Einführung der Schulsozialarbeit. Wenn dank der Schulsozialarbeit nur eins, zwei teure Fälle verhindert werden, können grosse Kosten gespart werden. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung.

Der Ratspräsident informiert: Wir haben den Antrag der Schulpflege, und die SVP, Fredi Morf, hat sich auf den Art. 14 bezogen, wo es um das fakultative Referendum geht. Das heisst, wenn Sie diesem Geschäft zugestimmt haben, können Sie nachher darüber abstimmen, ob Sie das Geschäft noch dem Volk vorlegen möchten. Zuerst folgen also die Abstimmung zum Antrag und dann die Abstimmung zum fakultativen Referendum.

Beschlüsse

- Für die Ausweitung der Schulsozialarbeit auf alle Schulen wird ein jährlich wiederkehrender Bruttokredit von 108'100 Franken zu Lasten Produkt M7, Kostenträger 926.1100 bewilligt:
Zustimmung mit 26 : 7 Stimmen.
- Das Geschäft wird der Volksabstimmung unterbreitet:
Zustimmung mit 7 Stimmen.
Somit wird das Geschäft nicht der Volksabstimmung unterbreitet.

5. Statut über die Entschädigungen an Behörden und Funktionäre (BeSta)

5.1 Antrag des Stadtrates auf Änderungen (2012-178)

Keine Wortmeldungen.

Beschluss

Die Änderungen im Statut über die Entschädigungen an Behörden und Funktionäre (BeSta) vom 1.1.2003 werden genehmigt:

Zustimmung.

5.2 Antrag des Büros des Gemeinderates auf Änderungen

Keine Wortmeldungen.

Beschluss

Die vorliegenden Änderungen des Statuts über die Entschädigungen an Behörden und Funktionäre (Synoptische Darstellung der Art. 4, 6 und 9) werden genehmigt und per 1.12.2012 in Kraft gesetzt:

Zustimmung.

6. Zentrumsplanung Ost (2012-216)

Antrag des Stadtrates, das Postulat von Max Stenz und neun Mitunterzeichneten abzuschreiben

Keine Wortmeldungen.

Beschluss

Das Postulat von Max Stenz und neun Mitunterzeichneten vom 18. Oktober 1999 betreffend Zentrumsplanung Ost wird abgeschrieben:

Zustimmung.

7. Zwischennutzung Stadthausareal (2012-217)

Antrag des Stadtrates, das Postulat von Hanspeter Clesle und acht Mitunterzeichneten abzuschreiben

Hanspeter Clesle:

Ich bedanke mich für die Umsetzung des Postulates. Der Platz erscheint nun in einem besseren Licht. Ich gehe davon aus, dass dies noch unter der Leitung von alt Stadtrat Walter Müller erfolgt ist. Der Platz wurde bereits für verschiedene Ausstellungen und Anlässe genutzt, aber ich bin der Meinung, dass es zu wenig Anlässe sind. Deshalb die Frage: Sind die verschiedenen Vereine, Kirchgemeinden und Schulleiter entsprechend angeschrieben worden? Bis jetzt habe ich gesehen, dass in den Glaskästen und auf dem Platz selbst ein Plakat angebracht wurde. Das Postulat ist aber erfüllt und kann abgeschrieben werden.

Beschluss

Das Postulat von Gemeinderat Hanspeter Clesle und acht Mitunterzeichneten vom 7. September 2011 betreffend Zwischennutzung des Stadthausareals wird abgeschrieben:

Zustimmung.

8. Auswirkungen der Kulturlandinitiative

Interpellation von Yannick Wettstein und drei Mitunterzeichneten, Begründung und mündliche Beantwortung

Am 12. Juli 2012 haben Yannick Wettstein und drei Mitunterzeichnete folgende Interpellation eingereicht:

„Die Zürcher Stimmberechtigten nahmen am 17. Juni dieses Jahres die sogenannte „Kulturlandinitiative“ an. Auch die Stimmberechtigten Adliswil stimmen dieser Initiative mit 53,21 % zu. Das Abstimmungsresultat beeinflusst unter Umständen auch die Entwicklung der Stadt Adliswil. Aus diesem Grund bitten die Unterzeichneten den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Auswirkungen hat die Annahme der Kulturlandinitiative auf die Siedlungsentwicklung der Stadt Adliswil
 - a) im Allgemeinen?
 - b) besonders im Entwicklungsgebiet Lebern-Dietlimoos?
2. Sind davon auch von Seiten Stadt geplante oder zu bauende Objekte (Schule, Quartierzentrum etc.) betroffen?
3. Sind Entwicklungsplanungen anzupassen?
4. Mit der Annahme der Kulturlandinitiative dürfte der bebaubare Boden im Hinblick auf das beständige Bevölkerungswachstum auch in Adliswil noch knapper werden. Die Folge davon ist ein Nachfrageüberhang nach Wohnraum. Teil der Stadtrat die Ansicht, dass dies zu weiteren Preissteigerungen auf dem Adliswiler Immobilienmarkt – mit entsprechend preistreibenden Folgen für die Mietzinsen – führen dürfte?“

Yannick Wettstein, zur Begründung:

Selten waren die konkreten Auswirkungen einer Volksabstimmung wie auch die Reaktionen nach dem Urnengang so gross wie bei der Zweitwohnungsinitiative, die am 11. März 2012 von Volk und Ständen angenommen wurde und eine Begrenzung von Zweitwohnungen auf maximal 20 % pro Gemeinde vorsieht. Tief sass in den, vorwiegend im Alpenbogen gelegenen, betroffenen Gemeinden der Schock. Für die allermeisten Gemeinden im Kanton Zürich, so auch für Adliswil mit einem unbedeutenden Zweitwohnungsanteil, bleibt die Initiative hingegen ohne Folgen. Soweit so gut.

Den Zürcher Gemeinden droht jedoch Ungemach aus den eigenen Reihen: Viele werden es bereits wieder vergessen oder gar nie richtig realisiert haben, doch hat das Zürcher Stimmvolk am 17. Juni dieses Jahres die sogenannte Kulturlandinitiative, eine kantonale Volksinitiative aus der Küche der Grünen, angenommen. Um das kollektive Gedächtnis aufzufrischen, lese ich Ihnen den entsprechenden Initiativtext vor:

Eine regionale landwirtschaftliche Produktion, welche die Ernährungssouveränität mit möglichst hoher Selbstversorgung anstrebt, setzt genügend Kulturland voraus. Der Kanton sorgt deshalb dafür, dass die wertvollen Landwirtschaftsflächen und Flächen von besonderer ökologischer Bedeutung wirksam geschützt werden und in ihrem Bestand und ihrer Qualität erhalten bleiben. Als wertvolle Landwirtschaftsflächen gelten die Flächen der Bodeneignungsklassen 1 bis 6, mit Ausnahme der zum Zeitpunkt der Annahme der Initiative rechtskräftig der Bauzone zugewiesenen Flächen.

Das tönt zunächst harmlos, ist es aber ganz und gar nicht. Mag die Stossrichtung der Initiative, nämlich der Erhalt der landwirtschaftlich und ökologisch wertvollen Flächen, noch nachvollziehbar erscheinen, so ist ihr konkreter Inhalt das beste Beispiel dafür, dass wir Liberalen neuen Regulierungen jeweils mit einer gesunden Grundskepsis be-

gegenen, insbesondere wenn sie derart unausgegoren daherkommen, wie diese Volksinitiative der Grünen. Noch mehr als bei der Zweitwohnungsinitiative muss bei der Kulturlandinitiative die Frage gestellt werden, ob sich der Stimmbürger tatsächlich über die konkreten Auswirkungen einer Annahme im Klaren war. Die Konsequenzen sind jedenfalls gravierend und nehmen teilweise geradezu bizarre Auswüchse an. So berichtete die NZZ am 19. Juni über den Fall von Uster, wo am Westrand der Stadt auf 150'000 m² ein neues Quartier, das den Grundsätzen der 2000 Watt-Gesellschaft entspricht, hätte entstehen sollen. Die jahrelangen Planungen kosteten die Stadt fast eine Million Franken und sind nun umsonst. Zu allem Übel kommt hinzu, dass sich nun auch die kantonale Baudirektion in seltsam anmutendem preussischen Gehorsam übt: Mit Kreisschreiben vom 12. Juli hat sie die Gemeinden angewiesen, ab sofort alle Verfahren für planungsrechtliche Festlegungen zu sistieren, mit welchen neue Bauzonen geschaffen werden sollen. Und dies obwohl die Initiative als allgemeine Anregung formuliert worden ist und dadurch ohne einen entsprechenden Umsetzungsbeschluss des Kantonsrates keine unmittelbare Wirkung erzielen kann.

Im Falle von Adliswil werfen diese Entwicklungen Fragen im Zusammenhang mit der weiteren Gebietsentwicklung im Gebiet Lebern-Dietlimoos, insbesondere mit dem geplanten Schulhausneubau, auf. Im Gegensatz zu den nördlicher gelegenen Parzellen gehört nämlich ausgerechnet das Stück Land, auf dem das Schulhaus gebaut werden soll, der Nutzungsklasse 6 an, die gerade noch von der Initiative erfasst ist. Das Problem: Bevor das Schulhaus gebaut werden kann, müsste das betreffende Land zuerst in eine Zone für öffentliche Bauten umgezont werden. Genau dies verbietet nun das Kreisschreiben der Baudirektion. Die bisherigen Einschätzungen seitens Stadtrat und Schule kommen einigermassen ernüchternd daher. Am 7. September liess sich die Schulpräsidentin in der ZSZ mit den Worten "Ich kann keine Prognosen mehr abgeben." zitieren. Und der Stadtpräsident sagte: "Wir planen momentan unser weiteres Vorgehen und werden danach das Gespräch mit dem Regierungsrat suchen." Fazit des Artikels war die folgende Erkenntnis: "Klar ist aber: Der Bau des Schulhauses im Neubaugebiet wird sich dadurch weiter nach hinten verschieben. Von einer Eröffnung im Sommer 2017 spricht heute niemand mehr." Etwas optimistischer stimmt einen immerhin, dass nun offenbar der Verband der Gemeindepräsidenten zusammen mit den Bürgerlichen für Lockerungen kämpfen und Druck auf Baudirektor Markus Kägi machen, wie die NZZ am 27. September schreibt. Ich denke, die Relevanz der Interpellation ist damit genügend dargelegt, und ich danke dem Stadtrat für die hoffentlich erhellende Beantwortung der Fragen und eine aktuelle Lagebeurteilung.

Stadträtin Astrid Romer, zur mündlichen Beantwortung:

Ich danke für die Fragen und die sehr ausführlichen Hintergrundbeleuchtungen, die Yannick Wettstein gemacht hat und bestätige, dass diese sachlich richtig sind.

Zur 1. Frage:

Im Moment betrifft es die Stadt Adliswil ausschliesslich im Projekt „Nutzungsplanungsänderung Dietlimoos-Moos“. Es gibt im Moment keine weiteren Einzonungspläne, aber selbstverständlich betrifft es alle andern Landgebiete, die in den Klassen 1 - 6 sind.

Zur 2. Frage:

In der praktisch fertigen Planung, die wir zusammen mit den privaten Eigentümern gemacht haben, sind für die Stadt Adliswil drei Baufelder vorgesehen. Diese drei Felder bzw. Teile dieser drei Felder sind in der Bodeneignungsklasse 6. Das erste Baufeld ist für die Schule vorgesehen, es muss - wie Yannick Wettstein erwähnt hat - zuerst in die Zone für öffentliche Bauten umgezont werden. Das zweite Baufeld wäre eine dreigeschossige Wohnzone, und das dritte Baufeld liegt in der Zentrumszone „Quartier“. Dieser Bereich liegt uns auch besonders am Herzen, er ist nämlich für die Versorgung des Quartiers mit Läden, Restaurants, Gemeinschaftsräumen usw. vorgesehen. Insofern ist diese Quartierentwicklung sehr zentral betroffen. Die übrigen Baufelder, welche den privaten Eigentümern zugewiesen wurden, liegen in Gebieten der Bodeneignungsklassen 7 - 10, sind also nicht eindeutig angesprochen. Aber in der Initiative ist die Rede von „weiterem ökologisch wertvollem Boden“. Das heisst, dass auch Land ausserhalb der Klassen 1 - 6 ökologisch besonders bedeutsam sein könnte, sei es wegen wertvollen Pflanzen- oder Tierbeständen usw., und dass es deshalb nicht eingezont werden dürfte.

Zur 3. Frage:

Im Moment können wir diese Frage nicht beantworten; es ist möglich. Erst wenn das entsprechende Gesetz rechtsgültig vorliegt, kennen wir unsere Möglichkeiten. Die Terminplanung sieht wie folgt aus: Die Baudirektion entwickelt bis Ende Oktober ein Umsetzungskonzept zuhanden des Regierungsrates. Auf dieser Basis wird bis Ende Januar 2013 ein Umsetzungsvorschlag für die Vernehmlassung ausgearbeitet. Die Umsetzungsvorlage muss bis 17. Juni 2013 dem Kantonsrat überwiesen werden. Der Kantonsratsbeschluss wird Mitte 2014 erwartet. Ein Raumplaner hat mir aber gesagt, dass Änderungen am Zürcher Bau- und Planungsgesetz am Schluss immer noch vor Volk gekommen seien, entweder weil es einen Gegenvorschlag zum ausgearbeiteten Gesetz des Regierungsrates gab oder weil das Referendum ergriffen wurde. Wir müssen wahrscheinlich damit rechnen, dass wir erst Ende 2014 Rechtssicherheit haben werden.

Zur 4. Frage:

Diese Frage ist für den Stadtrat schwierig zu beantworten. Generell bestimmen Angebot und Nachfrage den Preis. Das Angebot, das jetzt offensichtlich beschnitten wird - man kann jetzt nicht beliebig einzonen -, erfährt eine Grenze. Aber die Initianten haben auch immer darauf hingewiesen, dass es noch viele Gemeinden gibt, die bereits Bauzonen hätten, und dass diese zuerst ausgeschöpft werden sollen. Und ein ganz wichtiges Thema in der Raumplanung im ganzen Kanton: die Verdichtung nach innen. Auch da hat es durchaus noch Potential. In der Stadt Adliswil haben wir bereits eingezontes Gebiet in der Sunnau, das praktisch gleich gross ist wie das Gebiet Dietlimoos-Moos. Allerdings müsste man jetzt ein Quartierplanverfahren einleiten, und dies dauert ungefähr zehn Jahre. Wie sich die Nachfrage entwickeln wird, ist schwer vorauszusehen. Diese wird beeinflusst durch die Konjunkturlage, die Hypothekarzinsentwicklung und den Beschäftigungsgrad der Bevölkerung. Für den Stadtrat ist es deshalb nicht möglich, einfach per se zu sagen, dass die Preise steigen werden. Aber es ist mittelfristig durchaus möglich.

Schluss der Sitzung: 21.40 Uhr

Für die Richtigkeit:



Ida Hofstetter, Ratssekretärin